

Einleitungsreferat anlässlich des Attac-Plenums vom 10.01.2022 von Gerd-M. Achterberg

Das Verhältnis zwischen dem Staat und seiner Bürgerschaft ist u.a. ganz wesentlich von folgenden Themen bestimmt:

1. der Herrschaftsform und- legitimation , also bei uns die Demokratie-, Beteiligungsfragen und der Kampf gegen autoritäre Tendenzen,
2. dem Rechtsstaat und die Gewährleistung von Menschenrechten, also bei uns u.a. die Rassismus Problematik,
3. dem Gewaltmonopol und damit dem Umgang mit gewaltbereiten "Überzeugungstätern",
4. der Volksgesundheit, also Pandemiebekämpfung, Umgang mit Sucht, das Gesundheitswesen,
5. die Zukunftsgewährleistung, also Klimaverschlechterung zu verhindern, Bildung zu ermöglichen, die Schuldenproblematik etc.,
6. die Gewährleistung einer funktionierenden Infrastruktur und
7. Steuern und Abgaben

Steuern und Abgaben haben Einfluss auf die Einkommens- und Vermögensverteilung und auf die staatliche Fähigkeit, die Themen 1-6 angemessen mit Leben und guten Ergebnissen zu füllen.

Ausreichende Staatseinnahmen sichern die Zukunft durch Verzicht auf eine unangemessene finanzielle Belastung kommender Generationen.

Dem steht feindselig die neoliberale Politik gegenüber, die seit den 80iger Jahren des letzten Jahrhunderts unter Reagan, Thatcher und Kohl eine Politik verfolgt haben, die zu einer zunehmenden Übernahme des Staates durch das große Geld, zur Konzentration einer unvorstellbaren Geldmenge in den Händen weniger und einer zunehmenden Orientierung staatlicher Ausgabenpolitik an den Renditeinteressen des großen Geldes, zu Lasten von Qualität und Vollständigkeit der bevölkerungsnahen Investitionen. Beispiele sind die Rüstungsausgaben, das Anzetteln von Kriegen und die Übernahme von Kliniken durch renditeorientierte Privatfirmen, denen die Beispiele von maroden Schulen, Brücken, Straßen, erheblichen Mietsteigerungen und Verarmung weiterer Bevölkerungsteile gegenüber stehen.

Steuergerechtigkeit und ausreichende Finanzierung öffentlicher Aufgaben unter Verzicht auf und Rückgängigmachung von Beteiligungen oder gar Übernahmen von Aufgaben der Daseinsvorsorge durch privates Geld sind der Schlüssel für eine ökologisch-soziale Transformation.

Umso erstaunlicher scheint es und bedauerlicher ist es, dass dieses Thema eher ein Schattendasein in den politischen Diskussionen und Aktivitäten auch der sog. Zivilgesellschaft führt. Auch die neue Regierung hat keine inhaltlichen Zusagen für die seit langem in Sonntagsreden geforderte große Steuerreform gemacht. Wie auch, da die FDP mit im Boot sitzt, die neben dem Merzflügel in der CDU die Hauptvertreter der neoliberalen Politik sind.

Aber auch SPD und Grüne sind einem stetigen hoch finanzierten Lobbydruck auf Wirtschaft, Landwirtschaft und Finanzwirtschaft ausgesetzt.

Deshalb ist es jetzt überfällig, uns seriös und fundiert auf den Wahlkampf 2025, bzw., zuvor auf die zu erwartenden Wahlprogramme der Parteien vorzubereiten und die Jahre bis dahin für die eigene Qualifizierung und eine möglichst bereite Information, Mobilisierung und Diskussion in den Parteien zu nutzen.

Durchsetzbar erscheint dabei auch in 3 Jahren nicht ein Ansatz, der eine - sicherlich zutreffende - Kapitalismuskritik in den Mittelpunkt stellt.

Es geht darum, in einem verstehbaren Konzept den Geringverdienenden einen deutlich erhöhten Grundbetrag der Steuerfreiheit in Aussicht zu stellen, dieser sollte nach meiner Auffassung im Hinblick auf die Einkommensstatistik und die erhöhten Lebenshaltungskosten jedenfalls 24.000 Euro pro Jahr (zu diskutieren) betragen. Wie im Papier der AG auf Bundesebene vorgeschlagen, sollte der Spitzensteuersatz 90 % betragen und spätestens das Jahreseinkommen, das über 40 Millionen liegt, betreffen.

Wir machen also deutlich, dass durch unsere Große Steuerreform mit dem Geld der Superreichen, die Steuerlast im unteren, aber auch deutlich im mittleren Einkommensbereich gesenkt wird. Neben der Einkommensteuer, werden wir in der Arbeitsgruppe u.a. die Vermögenssteuer mit den Sonderproblemen des Betriebsvermögens und des Vermögenszuwachses außerhalb des Finanzvermögens, also z.B. Grundstücke, Wälder (Thurn und Taxis), Häuser behandeln. Ferner die Verbrauchs- und Umsatzsteuern als Instrument der Lenkung bei gemeinschädlichen und gemeinnützlichen Produkten, bzw. Dienstleistungen. Wir werden nach Klärung des politischen und zeitlichen Rahmens wohl im Wesentlichen uns an dem Beschluss der Attac-Arbeitsgruppe als Vorlage orientieren, um nicht bei Null freischwebend anfangen zu müssen.